

Nachrichten aus Erziehung, Wissenschaft, Schule & Studium – Hannover



INKLUSION: IN DEUTSCHEN LANDEN ANGEKOMMEN

INHALT

	Seite 2	Corvus
BERICHTE	Seite 3 Seite 4 Seite 5	Aus dem Schulausschuss Nicht zu stoppen! – Seit 16 Jahren "Hauptschule in Bewegung" Aktiv für Inklusion
AKTIONEN	Seite 6 Seite 7	Für einen neuen Kita-Schlüssel Um <i>fair</i> teilen
AKTUELLES	Seite 6 Seite 7 Seite 8	Neu in der Geschäftsstelle: Ralfina Dicker Kreismitgliederversammlung Einladung zum Sommerfest Ferienplanung

Starke Hirsche?

n dieser Stelle wurden schon einmal die Gepflogenheiten besprochen, nach denen unsere traditionsreiche Residenz-, spätere Preußische Provinz- und heutige Landeshauptstadt ihre Straßen und Plätze benannte und benennt. Damals (im Herbst 2001) ging es um die Benennung eines kleinen Pfades am östlichen Leineufer nach der prominenten Kommunistin und Antifaschistin Clara Zetkin. Die Umstände der Widmung und die damit verbundenen öffentlichen Rechtfertigungen ("... kann man eine engagierte Politikerin ehren, ohne ihren parteipolitischen Standpunkt zu benennen?") sollen hier nicht wieder aufgewärmt werden. Aus aktuellem Anlass erscheint es jedoch sinnvoll, einige Fragen noch einmal zu beleuchten:

Die "Sozialistische Front" gilt als die bedeutendste sozialdemokratische Widerstandsorganisation nach 1933 bis zu ihrer Zerschlagung durch die Gestapo 1936. Wichtige Vertreter wurden in Hannover auch durch Straßennamen geehrt, so Wilhelm Bluhm in Linden. Einer seiner engsten Mitkämpfer war Franz Nause. Seinen Namen trägt seit 1950 eine unscheinbare kurze Verbindungsstraße in Limmer. Im März 2013 nun wurden dort zwei Legendentafeln angebracht, die auf seine Bedeutung hinweisen. Diese Ehrung erfolgte anlässlich seines 70. Todestages. Er war vermutlich an den Haftbedingungen im Zuchthaus Brandenburg zugrunde gegangen. Andere Vertreter der Gruppe wurden in Wettbergen geehrt, so Nauses Genossin und Verlobte Auguste (Gustl) Breitzke.

Impressum:

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverbände Hannover Stadt und Land, Berliner Allee 18, 30175 Hannover, Telefon 66 20 14, Telefax 62 12 94, E-Mail: gew.hannover@t-online.de.

Verantwortlicher Redakteur i.S.d.P.: Reinhold Weismann-Kieser, Berliner Allee 18, 30175 Hannover. Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar. Gesamtherstellung: apm AG, Darmstadt.

DIE GEW HANNOVER N.E.W.S. erscheint dreimal im Jahr. Auflage 5000 Exemplare. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

"Nomen est omen!"

Redensart nach Titus Maccius Plautus (* um 254 vor Christus)

Dort findet man auch den Werner-Blumenberg-Weg. Blumenberg war der geistige Kopf und Organisator der Sozialistischen Front, die sich schon vor der Machtübertragung an die Faschisten auf einen bewaffneten Widerstand vorbereitet hatte, in Opposition zur Führung der SPD. Ihm gelang 1936 die Flucht in die Niederlande. Sucht man im Stadtbild nach den Namen weiterer Vertreter der Arbeiterbewegung und ihrer Parteien, die in den ersten Jahren des faschistischen Terrors den illegalen Widerstand organisierten, muss man schon genau hinsehen. In Wettbergen und dem angrenzenden Mühlenberg finden sich noch mehrere Straßennamen, die an Antifaschisten und Verfolgte der Nazi-Herrschaft erinnern. Hier wurde auch ein schmaler Weg nach Kurt Willkomm benannt, einem kommunistischen Funktionär, den die Gestapo im November 1933 zu Tode folterte. Für ihn gibt es auch einen Stolperstein auf der Lister Meile. Am Mahnmal für das ehemalige Gerichtsgefängnis neben dem Pavillon findet man die Namen von Antifaschistinnen und Antifaschisten, die dort eingesperrt waren, darunter auch Ernst Thälmann, der nach sechs Jahren Einzelhaft in diesem Gefängnis in Buchenwald ermordet wurde.

Ganze Stadtteile hingegen sind nach wie vor durch die monarchistische und militaristische Geschichte Hannovers geprägt. Genannt sei hier nur die Göbenstraße. Von Göben war ein preußischer Karriereoffizier, der es schließlich bis zum General gebracht hatte. Zu seinen wichtigsten Ruhmestaten gehörte 1849 die Teilnahme an der preußischen Expedition gegen den Badischen Aufstand, mit der Einschließung und Eroberung der Festung Rastatt. Sie brachte ihm den Rang eines Majors ein.

Als eines der humanistischen Gymnasien in Hannover überzählig wurde, zeigten sich erneut die Grenzen republikanischen Bürgerstolzes. Statt die verbleibende Anstalt schlicht "Ratsgymnasium" zu nennen, musste unbedingt der Kaiser Wilhelm vorangestellt werden. Dem Grafen Waldersee, der von diesem nach China entsandt worden war, um die aufständischen "Boxer" das Fürchten zu lehren, ist

nach wie vor eine der prominentesten Straßen Hannovers gewidmet. Wobei wir bei der Frage der Umbenennung von Straßen angelangt wären: Nach der Befreiung vom Faschismus wurden natürlich unter Alliierter Aufsicht viele Straßen rück- oder gar umbenannt, die die Namen von Nazihäuptlingen getragen hatten. Später wurde das zunehmend schwieriger. Immerhin wurde 1972 die Josephsstraße zur Otto-Brenner-Straße.

Hier ist natürlich die hannöversche Südstadt mit ihrem Bürgermeister Lothar Pollähne zu rühmen. Beharrlich und listenreich wie der Held eines gallischen Dorfes ging er daran, seinen Stadtteil von den Größen unserer kolonialen Vergangenheit zu säubern – und sei es nur durch die Umbenennung nach einer gleichnamigen Persönlichkeit wie zum Beispiel vom "Afrikaforscher" und Kolonialisten Karl Wißmann zum kommunistischen Naziopfer Hermann Wißmann. Bei der Elkartalle, die nach dem Nazi-Stadtbaurat benannt ist, tut man sich jedoch noch schwer. Der Beschluss, sie in Hilde-Schneider-Allee umzubenennen, wird von Anwohnern heftig bekämpft und gilt als nicht gerichtsfest, zumindest solange andere Verfahren vor dem OVG noch nicht geklärt sind. Der Vorschlag, den Namen Elkart zu belassen und ihm die angeblich althochdeutsche Bedeutung "starker Hirsch" zu unterschieben, gilt eher als Satire.

Seit Jahren gibt es Initiativen, eine Straße oder wenigstens einen Weg in Linden dem Antifaschisten und Kommunisten August Baumgarte zu widmen, der fast während der ganzen Naziherrschaft in Zuchthäusern und KZs zubringen musste und auch unter Adenauer wieder eingesperrt wurde. Die Bemühungen scheiterten nicht zuletzt an dem Ratsbeschluss, bevorzugt Straßen und Plätze nach Frauen zu benennen. Nun will der Bezirksrat Linden-Limmer einen ungepflasterten Verbindungsweg über das "Faust-Gelände" August-Baumgarte-Gang nennen. Die Bezeichnung "Gang" rangiert noch unter "Weg", was den Vorteil hat, dass die Stadt von Sicherungspflichten wie dem Winterdienst befreit ist! corvus

Aus dem Schulausschuss

Schulentwicklungsplanung in Hannover

Grundschulen: Bis Schuljahr zum 2015/16 wird mit einem erheblichen Anstieg der Schülerzahlen gerechnet. Das bedeutet neben der Herabsenkung der Klassenobergrenze auf 26, dass im Sommer 2013 zusätzliche Klassen im ersten Schuljahr eingerichtet werden müssen. Zwar stehen im gesamten Stadtgebiet ausreichend Schulplätze zur Verfügung. Der Raumbedarf ist an den jeweiligen Schulstandorten aber sehr unterschiedlich, so dass es an einigen Schulen kurzbis mittelfristig Probleme mit der Anzahl der Klassenräume geben wird.

Die Mehrheit der Grundschulleitungen sprach sich für die Beibehaltung der Einzugsbereiche aus. Da auch die Landesschulbehörde auf rechtliche Bedenken bei der Gestaltung von Aufnahmeverfahren hinwies, wird die Verwaltung bis auf weiteres an den bestehenden Einzugsbereichen festhalten. Neben der Südstadt werden im Stadtbezirk Vahrenwald-List die stärksten Einwohnerzuwächse verzeichnet. Obgleich die neu eingerichtete GS Isernhagener Straße zum kommenden Schuljahr ihren vierzügigen Betrieb aufnehmen wird, wird es schon im Schuljahr 2014/15 zu weiteren Engpässen kommen, so dass die Stadt die Errichtung eines weiteren zwei- bis dreizügigen GS-Standortes z.B. durch eine (Mit-)Nutzung der Räumlichkeiten der FöS Albrecht-Dürer-Schule prüft. Einige Schulen werden durch Anbauten erweitert oder erhalten zusätzliche mobile Raumeinheiten.

Bislang sind 27 Ganztagsgrundschulen eingerichtet worden, von 2014 bis 2016 werden gemäß der Priorisierungsliste acht weitere Standorte für den Ganztagsbetrieb ausgestattet. Der Rat hat beschlossen den Ganztagsausbau zu beschleunigen und zusätzliche Mittel bereitzustellen, denn insgesamt haben 47 Grundschulen Interesse bekundet.

Weiterführende Schulen: Nach wie vor werden die Gymnasien für mehr als 50 Prozent der Schülerinnen und Schüler angewählt. Derzeit wird geprüft, ob eine Aufstockung der Züge an den bestehenden Gymnasien möglich ist oder ein 17. Gymnasium eingerichtet werden muss. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob die erneute Einführung von G9 an den IGSen zu einem Rückgang der Anmeldezahlen an den Gymnasien führen wird.

Um die Attraktivität der IGSen, die nur eine SEK I haben insbesondere für leistungsstärkere Kinder zu steigern, sind Oberstufenzentren, z.B. am Standort Büssingweg geplant.

Die Anwahl der Real- und Hauptschulen in Hannover ist durch die Gründung der drei neuen IGSen in Stöcken, Badenstedt und Hainholz weiterhin rückläufig. Zwei weitere IGSen werden in der Südstadt und in Bothfeld im neuen Schuljahr den Betrieb aufnehmen. Nach der angekündigten Änderung des Schulgesetzes sollen IGSen grundsätzlich vierzügig eingerichtet werden.

Ziel der Verwaltung ist es, alle verbliebenen Haupt- und Realschulen in Gesamtschulen umzuwandeln. Dazu sollen konkrete Umsetzungspläne erarbeitet werden. Oberschulen wird es auch in Zukunft in Hannover nicht geben. Der Arbeitskreis der Realschulleitungen hat sich mehrheitlich gegen Oberschulen ausgesprochen.

In der AG Schulentwicklungsplanung der weiterführenden Schulen wurde auf das Problem von Schülerinnen und Schülern hingewiesen, die von Gymnasien bzw. Real- und Gesamtschulen auf Realschulen bzw. Hauptschulen wechseln. Insgesamt kam es in diesem Schuljahr zu 760 (!) solcher Wechsel der Schulform. Dadurch werde mitunter die Einrichtung neuer Klassen an den aufnehmenden Schulen notwendig.

Immer wieder wird auch die Frage aufgeworfen, ob sich nicht kleinere Systeme, wie sie an Haupt- und Realschulen geführt werden, für die spezifische Förderung bestimmter Schülerinnen und Schüler besser eignen könnten.

Bei der Umsetzung der Inklusion bleibt abzuwarten, ob die Stadt den Anforderungen an Fortbildung sowie an personelle, räumliche, sächliche und strukturelle Ressourcen gerecht werden wird. In Hannover wird es bis 2018 sogenannte Schwerpunktschulen geben. Dafür wurden solche Schulen ausgesucht, die (angeblich) bereits räumlich und sächlich einigermaßen ausgestattet sind und an denen der Sanierungsbedarf nicht so groß ist wie an anderen Schulen.

Birte Clasen

Nils Johannsen ist tot

Der Schock dieser Nachricht traf uns in der Redaktion unvorbereitet, und er sitzt tief.

Schwer, die grausame Gewissheit zu begreifen. Unvorstellbar zunächst, die neue Ausgabe der *GEW news* ohne ihn herauszubringen – hat er doch als verantwortlicher Redakteur die entscheidenden inhaltlichen Impulse gesetzt und sich zudem verlässlich um die organisatorische Umsetzung gekümmert.

Er fehlt uns – als engagierter Ideengeber, als Autor, als politisch denkender Kopf, als kritischer Gesprächspartner, als Kollege.

Wir sind sehr traurig.

Für die Redaktion

Irmela Weinhardt Reinhold Weismann-Kieser

Nicht zu stoppen!

Seit 16 Jahren "Hauptschule in Bewegung"

Dieses Projekt, initiiert vom Fachbereich Bildung und Erziehung der Landeshauptstadt und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der beteiligten Hauptschulen, hat sich zu einer kulturellen Institution entwickelt. In jedem Jahr nahmen mehr als 100 Jugendliche zwischen elf und achtzehn Jahren daran teil.

n den letzten Jahren war der "Pavillon" als Veranstaltungsort mit seinen kunstpädagogischen und technischen Möglichkeiten wesentlich am Erfolg des Projekts beteiligt. Wegen seines grundlegenden Umbaus musste für dieses Jahr ein neues Konzept gefunden werden. Es fand sich in der Kombination von Leitmotiv und neuem Spielort:

Das Thema "Arm und Reich", als Spielstätte das fairKaufhaus. Es liegt in der Innenstadt, umgeben von noblen Geschäften und Kaufhäusern. In ihm werden gebrauchte Geräte, Möbel und Textilien für wenig Geld angeboten. Die neue Konzeption in dieser Umgebung soll auch eine neue Projektbezeichnung ausdrücken:

"Hauptsache in Bewegung!"

Das Thema wurde von den Jugendlichen selbst gewählt und auf einer Zukunftswerkstatt vorbereitet. Unterschiedliche und vielfach unkonventionelle Darstellungsformen wurden ausgewählt, um es in seinen verschiedenen Erscheinungsformen vorzustellen: Filme, Fotografien, Musik, Tanz, Theater, eine Modenschau und Essen. Zusammen mit Expertinnen und Experten wurden sie in Workshops erarbeitet, teils in einem Freizeitheim, teils im fair-Kaufhaus selbst.

Die Vorführungen erfolgten auf einer Bühne vor dem Kaufhaus und in einem Zelt, wo kunstvoll gestaltete kleine Speisen angeboten wurden. Für die anderen Präsen-

tationen wurde das Publikum in drei Gruppen aufgeteilt, die an die Spielorte in drei Kaufhausetagen geführt wurden. Sie trafen dort inmitten der angebotenen Waren auf Theaterspiele, Film- und Diaprojektionen und eine schwungvolle Modenschau mit Eigenkreationen.

Gespielt wurde am 11. und 12. April in vier Vorstellungen. Ohne die großzügige Unterstützung durch das fairKaufhaus und die Förderung durch verschiedene städtische Gremien und Institutionen wäre dieses wunderbare Projekt nicht möglich gewesen. Entscheidend aber war die Begeisterung und Spielfreude der Akteurinnen und Akteure!









Fotos: Reinhold Weismann-Kieser

Inklusion:

Schritte zu einem großen Ziel

Pädagogische und bildungspolitische Ziele können nur erreicht werden, wenn die rechtlichen, die materiellen und die subjektiven Bedingungen dafür vorhanden sind. Das gilt natürlich in besonderem Maße für die Inklusion aller Kinder in einem einheitlichen Schulsystem, was unter den zementierten Bedingungen des deutschen Bildungswesens der Umwertung aller Werte gleichkäme: weg von der frontalen Unterweisung vieler Kinder durch einen Pädagogen hin zu selbstgesteuerten Lernprozessen, weg von der einen Messlatte für viele verschiedene Kinder hin zu individualisierten Lernzielen!

G Central Seybert – Potolia

ie rechtlichen Voraussetzungen für die Inklusion behinderter Kinder in das allgemeine Schulsystem sind durch den Beitritt der Bundesrepublik zur UN-Behindertenrechtskonvention 2006 gegeben. Mit Beginn des neuen Schuljahrs soll nun auch mit ihrer praktischen Verwirklichung begonnen werden, mit der Wahlfreiheit für alle Behinderten zwischen Förderschule und Regelschule. Die Spatzen pfeifen es von den Dächern und auch in der HAZ (Nr. 96) konnte man es lesen, dass die Schulen noch weit davon entfernt sind, die dafür notwendigen materiellen Bedingungen (Personalausstattung und Räumlichkeiten) zu erhalten. Land und Kommunen spielen in dieser Frage munter Schwarzer Peter.

Erfreulicher sind da schon die Entwicklungen auf der subjektiven Seite, zwar nicht so sehr, was die dienstliche Vorbereitung betrifft, aber was auf Initiative der GEW direkt von den Kolleginnen und Kollegen vorangetrieben wird.

Über zwei Veranstaltungen aus diesem Frühjahr soll hier kurz berichtet werden: Im März fand ein ganztägiges Seminar der Fachgruppen Grund- und Hauptschule, Realschule, Förderschule und nichtlehrendes Schulpersonal statt: "Vielfalt ist nicht nur normal, ist auch erwünscht!" Rund 80 Kolleginnen und Kollegen nahmen daran teil. Hubert Kallien und Gerhard Bohl referierten zunächst über Grundsätze zum Thema Inklusion in Abgrenzung zu integrativer und kooperativer Beschulung. Am Beispiel des Regionalkonzeptes Hannover Nord-West, das seit 15 Jahren ständig weiterentwickelt wird, wurde verdeutlicht, wie sich inklusive

Maßnahmen im städtischen Bereich vernetzt auf Schule und die dazugehörigen Stadtteile auswirken können.

Nach der Mittagspause wurden in sechs Workshops Praxisbeispiele aus integrativer und kooperativer Arbeit an Schulen vorgestellt. Hierbei waren alle Schulformen und die dort arbeitenden Professionen vertreten. Ein ausführlicher Bericht findet sich unter http://www.gew-bvhannover.de.

Im April luden die Kreisverbände Hannover zu einer Fachtagung "Inklusion muss gelingen!" in die Grundschule Fuhsestraße ein. Der Schulleiter Frank Post umriss zunächst die grundsätzliche pädagogi-

sche Bedeutung der Inklusion und berichtete über die Ansätze und praktischen Erfahrungen an dieser Schule. Prof. Dr. Hans Wocken, Emeritus für Sonderpädagogik an der Universität Hamburg und UNESCO-Botschafter für Inklusion, entwickelte dann ausführlich die Bedeutung und grundsätzliche Notwendigkeit von inklusiver

Pädagogik und demonstrierte an einer Fülle von konkreten methodischen Beispielen die Möglichkeiten, inklusiven d.h. individualisierten Unterricht zu praktizieren. An Stelle eines ausführlichen Berichts sei auch hier auf das Internet verwiesen (http://www.hans-wocken.de/PDF/). Dort kann seine Präsentation zum Vortrag vollständig eingesehen werden.

Auch hier fand danach eine Phase intensiver Arbeit in Gruppen statt, in der praktisches Methodentraining mit Erfahrungsaustausch kombiniert wurde.

Sebastian Freudenberger Olaf Korek Reinhold Weismann Kieser



Ralfina Dicker

Unsere "Neue" in der Geschäftsstelle

it Beginn des Mutterschaftsurlaubs von Katja Rupprecht hat Ralfina ihre Arbeit als Verwaltungsangestellte der GEW Hannover (Bezirk und Stadt/Land) aufgenommen – nahtlos, zum Glück für uns alle und besonders für Bettina Glienke, die nun wieder mit einer tatkräftigen Teamkollegin zusammenarbeiten kann. Und Ralfina hatte in ihren ersten Wochen bereits mehr als genug Gelegenheit, ihre Tatkraft unter Beweis zu stellen. Um es kurz zu machen: sie

hat die Feuertaufe glänzend bestanden, sich phänomenal schnell in die vielfältigen Aufgaben eingearbeitet und eine bewunderungswürdige Stressresistenz gezeigt. Sie profitiert als "gelernte" ReNo-Gehilfin dabei von jahrelangen Erfahrungen im Verwaltungsbereich von Anwaltssozietäten und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften. Und als Mutter von drei Kindern (19, 21, 23 Jahre alt) kennt sie sich auch mit Lehrkräften und Schulpolitik aus: in der Gesamtschulinitiative Wunstorf und beim

Volksbegehren für gute Schulen hat sie engagiert mitgearbeitet, zuvor den Förderverein für die

Kita und die GS in Großenheidorn als Vorsitzende geleitet. Allerbeste Voraussetzungen also für ihren neuen Arbeitsbereich bei uns. Wir wünschen ihr alles Gute (und starke Nerven...) und freuen uns auf die Zusammenarbeit mit ihr!

Bündnis für Kinder

Demonstration am 27. April

Laut war's, fröhlich und voll. Das Bündnis für Kinder und Familien in Niedersachsen hatte gemeinsam mit der GEW und ver.di zur Demo aufgerufen, und viele, viele kamen. An die 2000 Eltern. Kinder und ErzieherInnen formierten sich zu einem bunten Demonstrationszug durch die hannöversche Innenstadt und verliehen damit der Forderung nach einem deutlich verbesserten Personalschlüssel in Kitas und Krippen unüberhörbaren Nachdruck.

ie rasant angestiegenen Erwartungen an vorschulische Bildungseinrichtungen sind unter den Rahmenbedingungen des 20 Jahre alten Kita-Gesetzes auch bei größter Bereitschaft zur Selbstausbeutung der ErzieherInnen nicht zu erfüllen. Das wurde auch zu Wahlkampfzeiten von allen Parteien anerkannt. Der rot-grüne Koalitionsvertrag verspricht nun für 2015 eine entsprechende Gesetzesänderung. Wer aber durch ernüchtern-

de Erfahrungen mit dem Vorher-Nachher-Unterschied bzgl. Landtagswahlen klug geworden ist und zudem bei den wohlklingenden Ankündigungen noch den Begriff "Finanzierungsvorbehalt" im Kleingedruckten liest, weiß natürlich, dass öffentlicher Druck auf die politischen EntscheiderInnen weiterhin dringend geboten ist. Das war auch



den Repräsentanten von GEW und ver.di bewusst - jedenfalls verliehen Eberhard Brandt und Frank Bsirske als Redner der anschließenden Kundgebung die notwendige mediale Aufmerksamkeit. Unsere neue Kultusministerin Frauke Heiligenstadt beeilte sich dann, dem Anliegen der DemonstrantInnen ihre Sympathie zu versichern. Wär ja schön, wenn sie durch die eindrucksvolle Demo genügend Rückenwind für ihre Verhandlungsposition gegenüber dem Finanzminister bekommen könnte.

Kleiner Gag am Rande: die HAZ hat in ihrer Online-Ausgabe zunächst vom "Streik" der ErzieherInnen berichtet – was zu unterschiedlichen Deutungen führen kann: Geht die Redaktion davon aus,

wenn auch ver.di dransteht, nur von Streik die Rede sein kann? Unterstellt sie, dass in Kitas auch sonnabends gearbeitet wird? Oder hat die Redakteurin schlicht nicht richtig zugehört, als die Sprecherin des Bündnisses darauf hinwies, dass die ErzieherInnen notfalls entschlossen sind, ihren berechtigten Forderungen auch durch einen Streik Nachdruck zu verleihen? Hoffen wir mal gemeinsam, dass es dazu nicht kommen muss... Irmela Weinhardt





Mitgliederversammlung

Die beiden Kreisverbände Hannover-Stadt und Hannover-Land führten am 4. April ihre diesjährige Mitgliederversammlung im Freizeitheim Vahrenwald durch. Dieses Jahr zum ersten Mal ohne ein inhaltliches Thema – die reine Organisation war angesagt; es gab auch Einiges zu regeln. Vielleicht waren deshalb doch etliche der Mitglieder der Versammlung ferngeblieben? Die Vorstände werden sich für das nächste Jahr etwas anderes einfallen lassen.

ach den Berichten über die Arbeit des letzten Jahres und der Entlastung der Vorstände wurden Neuwahlen durchgeführt.

Dieter Räger wurde als neuer, "alter" Vorsitzender von Hannover-Land einstimmig wiedergewählt, ebenso Stefanie Bernhagen als Stellvertretende Vorsitzende, Peter Lilje kam neu zum Vorstand hinzu. Für Hannover-Stadt wurden Susanne Kraeft, Frank Post, Klaus Meier und Faruk Özmarti als Stellvertretende Vorsitzende wieder-

gewählt – auch dies bei einstimmigen Ergebnissen.

Christoph Lokotsch, Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes Hannover-Land, wurde mit Dank verabschiedet. Er wird sein Studium in Zypern fortsetzen. Wir wünschen ihm Erfolg.

Anschließend wurden die Delegierten für die diesjährige LDK in Göttingen gewählt. Der Antrag, für den Kreisverband Hannover-Land ab 2014 nur noch eine Mitgliederversammlung durchzuführen, wurde

einstimmig angenommen. Eine längere und zum Teil kontroverse Diskussion erfuhr der Antrag der beiden Vorstände auf gemeinsame Kassenführung. Der Antrag war gestellt worden, um die Arbeit in der Geschäftsstelle zu erleichtern. Da beide Kreise schon seit Jahren für alle Ausgaben (bis auf die Personalkosten) jeweils zu 50 Prozent anteilig aufkommen, sollte sich dies endlich in einer einfacheren Kassenführung ausdrücken. Bei etlichen Mitgliedern gab es rechtliche Bedenken, dass zum Ende eines Rechnungsjahres dann nicht mehr je ein eigener Haushalt für die Kreise erstellt werden könnte.

Unter der Bedingung, dass dies nicht eintreten wird, wurde der Antrag für dieses Kalenderjahr angenommen.

Barbara Kieser

Bündnis zeigt Flagge

Aktionstag "UmFAIRteilen"

Es war erneut ein bundesweiter Aktionstag am 13. April, und auch Hannover war mit einem breit aufgestellten Bündnis dabei. "UmFAIRteilen – Reichtum besteuern!" lautet die gemeinsame Forderung, die in unserer gesellschaftlichen Realität derart dringend nach Umsetzung schreit, dass sich für die Aktion so unterschiedliche Partner wie der Sozialverband Deutschlands, der Paritätische, die AWO,

die Diakonie, attac und natürlich Gewerkschaften zusammengetan hatten.

nfo-Stände gab's am Kröpcke, aufrüttelnde Appelle von der dort aufgebauten Bühne – für die GEW wies Dieter Räger eindringlich auf die fatalen Folgen der Unterfinanzierung unserer Kitas und Schulen hin –, es gab eine gewitzte satiri-

sche Vorstellung des Polit-Aktionskünstlers Klaus-Dieter Gleitze, der sich als fiktiver Repräsentant der Deutschen Bank der Forderung anschloss und unter großem Hallo vor dem Bankgebäude Geldsäcke verteilte, und die Sambagruppe der GEW sorgte lautstark ebenfalls für gute Laune

und Aufmerksamkeit beim Shopping-Publikum in der Innenstadt.

Alles gut also? Ja, hervorragend sogar, was die OrganisatorInnen angeht. Bloß – von massenhafter Beteiligung an der Demo konnte keine Rede sein, die TeilnehmerInnenzahl hielt sich – trotz breit gestreuter Aufrufe im Vorfeld – im eher niedrigen dreistelligen Bereich, und das wirft für die zu Recht enttäuschten PlanerInnen

Fernseh-Talkshows wortreich abgehandelt wird? Beruhigen wir uns damit, dass wir online bereits Aufrufe unterzeichnet und damit vermeintlich unserer staatsbürgerlichen Verpflichtung Genüge getan haben? Was auch immer der Grund sein mag – eines müsste uns allen klar sein: strukturelle Veränderungen zugunsten der Benachteiligten sind nicht mit unverbindlichen Sonntagsreden zu erreichen.



Fragen auf: Brennt uns das Thema der unausgewogenen Verteilung von Vermögen vielleicht doch nicht so sehr auf den Nägeln, dass wir bereit wären, dafür in großer Zahl auf die Straße zu gehen? Halten wir das Problem schon deswegen für gelöst, weil es im Vorwahlkampf auch in

Dafür braucht es den klassischen "Druck der Straße". Und der lässt sich nun mal nur dadurch herstellen, dass wir für Aktionen wie z.B. "UmFAIRteilen" unser Sofa verlassen, ganz real live und in Farbe präsent sind und höchstpersönlich Flagge zeigen – massenhaft. Irmela Weinhardt



Öffnungszeiten der GEW-Geschäftsstelle in den Sommerferien:

27. + 28. Juni 2013: 10 bis 14 Uhr geöffnet, 1. Juli bis 2. August 2013: geschlossen, 5. bis 7. August 2013: 10 bis 14 Uhr geöffnet.

In dringenden Rechtsangelegenheiten wendet euch bitte an den GEW-Landesverband.

Wir wünschen euch erholsame Sommerferien!